

Die NATO nach ihrem Gipfel von Chicago

Dr. Gunther Hauser

Die wesentlichen Ergebnisse des Gipfels von Chicago

Erstmals seit der Verabschiedung des neuen Strategischen Konzeptes in Lissabon im November 2010 hatte die NATO am 20. und 21. Mai 2012 in Chicago einen großen Gipfel abgehalten. Kernthemen des Gipfels waren die Lage in Afghanistan, der Aufbau neuer militärischer Fähigkeiten sowie die Vertiefung von Partnerschaften. In Chicago wurden neben der Gipfelerklärung folgende drei Erklärungen verabschiedet: die Deterrence & Defence Posture Review, die Summit Declaration on Defence Capabilities: Toward NATO Forces 2020 sowie die Chicago Summit Declaration on Afghanistan. Betreffend letztere soll die International Security Assistance Force (ISAF) mit 31. Dezember 2014 abgeschlossen sein. Ziel bleibt es jedoch weiterhin, Afghanistan umfassend sicherheitspolitisch aufzubauen und in der zentralasiatischen Region zu stärken. Afghanistan soll nie wieder, so der Tenor, ein Land werden, das durch Terrorismus sich selbst, die Region und die Welt bedroht. Bis spätestens Mitte 2013 sollen die afghanischen Sicherheitskräfte vollständige Kontrolle über ihr Land erlangen. Gemäß der beim NATO-Gipfel in Lissabon 2010 unterzeichneten Andauernden Partnerschaft soll die ISAF von einem Kampfeinsatz ab Jänner 2015 in eine neue Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmission übergehen. Diese neue Mission soll wie die ISAF auf der Grundlage eines UN-Mandats auch für Länder offen stehen, die dem Bündnis nicht angehören – Australien und einige europäische Partner haben Bereitschaft zur Teilnahme an der künftigen Nachfolgemission „Resolute Support“ bekundet. Innerhalb der Allianz wird mit einer Stärke von 10.000 bis 20.000 Soldaten für die neue Mission gerechnet. Die Lage in Afghanistan blieb auch 2013 relativ instabil. Zudem änderte vor allem in den letzten drei Jahren die Taliban ihre Taktik: Sie verwendet vermehrt ferngezündete Bomben oder Sprengsätze, die wie Landminen funktionieren. Der US-Truppenabzug aus Afghanistan begann mit der Rückverlegung von zunächst 23.000 Soldaten im August 2012 und soll bis 2014 abgeschlossen sein, ungeachtet der sicherheitspolitischen Lage in Afghanistan. Für Stabilität am Hindukusch sollen ab Jänner 2015 ausschließlich die afghanischen Sicherheitskräfte sorgen. Deren Stärke soll zu diesem Zeitpunkt 352.000 Mann umfassen und anschließend in einem von der afghanischen Regierung gesteuerten Prozess auf etwa 228.000 festgelegt werden. Die internationale Gemeinschaft hatte sich in Chicago grundsätzlich bereit erklärt, einen Großteil der dafür jährlich nötigen 4,1 Mrd. US-Dollar zu übernehmen, die afghanischen Gegenleistungen bestehen aus 500 Mio. US-Dollar und aus angepeilten Fortschritten in der Regierungsführung und der Korruptionsbekämpfung. Österreich hatte sich in Chicago bereit erklärt, von 2014 bis 2016 die afghanische Polizei mit 18 Millionen Euro zu unterstützen. Bis 2024 soll Afghanistan seine Sicherheitskräfte aus eigenen Mitteln finanzieren können. Die Sicherheit in Zentralasien bleibt folglich ein Hauptanliegen der NATO. So wurde in Chicago auch die Mongolei neues Teilnehmerland der NATO-Partnerschaft für den Frieden.

Primäres Ziel der Allianz ist es weiterhin, die Territorien ihrer Mitgliedstaaten zu sichern und vor allem gemäß Artikel 5 des Gründungsvertrages mit effizienten Mitteln und Fähigkeiten zu verteidigen. Die NATO betrachtet jedoch kein Land als Feind, Abschreckung soll als Kernelement der kollektiven Verteidigung ausgebaut werden. Die Wahrscheinlichkeit eines konventionellen Angriffs bleibt aus NATO-Sicht niedrig. Regionalkonflikte, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen sowie der Terrorismus stellen große Bedrohungspotenziale dar, ebenso wie aufstrebende Mächte, die bestrebt sind, sich moderne Kapazitäten anzueignen. Grünes Licht gab in Chicago die NATO für die „Anfangsfähigkeit“ (Interim Capability) des Raketenschuttschirms. In einer ersten Phase wird es möglich sein, in einem

begrenzten Radius Raketen mittels der Kommandozentrale in Ramstein, einer Radarstation in der Türkei und durch Systeme abzuwehren, die derzeit auf einem US-Raketenabwehrkreuzer der „Aegis“-Klasse vor Spanien installiert sind. Die Anzahl der Schiffe wird auf mindestens vier erhöht. Abwehrsysteme werden ab 2015 in Rumänien und ab 2018 in Polen stationiert. Deutschland und die Niederlande werden ihre Patriot-Abwehrsysteme zur Verfügung stellen, die Niederlande modernisieren Radarsysteme auf ihren Fregatten zwecks Frühwarnung. Frankreich zeigte sich interessiert, von seinen Satelliten aus der NATO Frühwarndaten bereitzustellen. Bis zum Jahr 2020 soll die Abwehr von Interkontinentalraketen möglich sein. Die USA werden also ihren „European Phased Adaptive Approach“ dem NATO-Abwehrsystem zur Verfügung stellen. Russland fühlt sich durch den US-NATO-Abwehrschirm bedroht, die NATO hatte jedoch mehrmals betont: „NATO missile defence is not oriented against Russia“. Gegen die Vielzahl russischer Raketen (nach dem neuen START-Vertrag, der am 5. Februar 2011 in Kraft getreten ist, sind noch 1.550 erlaubt) könnte der geplante Raketenabwehrschirm zudem sowieso keinen Schutz bieten. Es bleiben also noch Jahre Zeit für Verhandlungen über eine seitens der NATO mit Russland beabsichtigte Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Nach Angabe der NATO sollen dadurch mögliche Raketenangriffe von Staaten wie dem Iran abgewehrt werden. Die NATO strebt betreffend Abwehrschirm mit Russland eine umfassende Kooperation sowie auch mit weiteren Drittstaaten auf „Fall-zu-Fall-Basis“ an.

Ein neuer Versuch: Smart Defence

Die europäischen NATO-Staaten hatten bereits auch innerhalb der EU – von den 28 Mitgliedstaaten der EU¹ gehören 22 der NATO an, also ca. 96 Prozent der EU-Bevölkerung leben in NATO-Staaten – gemeinsame Fähigkeitsziele vereinbart, vor allem in den Bereichen Führung, Aufklärung und strategischer Transport. Innerhalb der EU hatten die Beschlüsse des Europäischen Rates von Helsinki (10.-11. Dezember 1999) die Kriterien für Krisenbewältigung festgelegt: Verlegefähigkeit, Durchhaltefähigkeit, Interoperabilität, Flexibilität, Mobilität, Überlebensfähigkeit sowie Streitkräfteführung. Dies unterstrich auch die *Defence Capabilities Initiative* (DCI) zuvor im NATO-Kommuniqué von Washington im April 1999, die insgesamt 58 separate militärische Fähigkeitsbereiche betraf. Bei der DCI ging es darum, die umfassenden qualitativen Lücken zu schließen, die die NATO bei der Mehrzahl der europäischen Verbündeten festgestellt hat. Mit 28. Juli 2000 erfolgte die Schaffung der EU-NATO ad-hoc Arbeitsgruppe über kollektive Fähigkeiten mit dem Ziel, ehest möglich Fähigkeitslücken zu schließen. Diese Arbeitsgruppe wurde geschaffen, um zu überprüfen, wie die NATO auf operative Weise die EU bei Krisenbewältigungseinsätzen unterstützen kann. Trotz der 2002 seitens der NATO beschlossenen Prager Fähigkeitsziele und dem 2010 beim Lissabonner NATO-Gipfel beschlossenen Lisbon Critical Capabilities Package wurden die Fähigkeitslücken der europäischen NATO-Verbündeten gegenüber den USA jedoch noch viel größer.

Diese Mängel der europäischen Streitkräfte werden mittlerweile seit Jahrzehnten von den USA kritisiert. Es ging und geht dabei um fehlende „intelligente Waffensysteme“ wie neueste bzw. modernisierte Kampfbomber, unzureichende Transportkapazitäten sowie um fehlende Satellitenaufklärung. Im Jahr 2000 hatte der damalige französische Verteidigungsminister Alain Richard zwar vorgeschlagen, dass die EU-Staaten künftig für Waffensysteme und übrige Militärgeräte rund 0,7 Prozent des jeweiligen BIP ausgeben sollten. Der damalige EU-Ratsvorsitz, Portugals Verteidigungsminister Julio Castro Caldas, hatte in diesem Zusammenhang sogar eine Erhöhung der nationalen Verteidigungsbudgets gefordert. Nach seinen Angaben hatten die Europäer zu dieser Zeit im Durchschnitt gerade die Hälfte der Zielvorgaben erreicht. Der damalige US-Verteidigungsminister William Cohen hatte den

¹ Am 1. Juli 2013 wird das NATO-Mitglied Kroatien in die Europäische Union aufgenommen werden.

europäischen NATO-Partnern vorgeworfen, sich zu sehr auf die USA zu verlassen und zu wenig Mittel für die Streitkräfte bereitzustellen. Während damals in den USA eine Erhöhung des Militärhaushaltes vorbereitet wurde, wurde schon zu dieser Zeit in Europa immer weniger für die Verteidigung ausgegeben. Endlich wurde im EU-Vertrag in der Fassung des Vertrags von Lissabon im Bereich militärische Kapazitäten die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) – mit dem Vertrag von Nizza noch explizit ausgeschlossen (Artikel 27b EUV) – geschaffen mit dem Ziel, militärische Bedürfnisse zu harmonisieren, zu poolen, und „wo geeignet“ sollte eine Spezialisierung erfolgen, um Interoperabilität, Flexibilität und die Verlegfähigkeit zu erhöhen. An dieser Form der Zusammenarbeit kann sich nach Artikel 42 (6) des EU-Vertrags in der Fassung des Vertrags von Lissabon jeder Mitgliedstaat beteiligen, der sich verpflichtet

- seine Verteidigungsfähigkeiten durch den Ausbau seiner nationalen Beiträge und gegebenenfalls durch Beteiligung an multinationalen Streitkräften, an den wichtigsten europäischen Ausrüstungsprogrammen und an den Tätigkeiten der Europäischen Forschungsagentur intensiver zu entwickeln und
- spätestens 2010 über die Fähigkeiten zu verfügen, entweder als nationales Kontingent oder als Teil von multinationalen Truppenverbänden bewaffnete Einheiten (wie *Battle Groups*) bereitzustellen.

Trotz zahlreicher Verhandlungen sind sich die EU-Mitgliedstaaten noch nicht über jene Details einig, die die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) zum Durchbruch verhelfen soll. Stattdessen haben die EU und die NATO neue Mechanismen betreffend militärische Kapazitäten geschaffen, wie erneutes „Pooling & Sharing“ und „Smart Defence“ (intelligente Verteidigung), die die gleiche Idee projizieren, nämlich engere Zusammenarbeit voranzutreiben; am 9. Dezember 2010 hatte die EU dazu den Genter Rahmen (Ghent Framework for Pooling & Sharing) für militärische Kapazitäten ins Leben gerufen, der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen kündigte in der Folge bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2011 die Zauberformel „Mehr Sicherheit für weniger Geld = Smart Defence“ an: *„The genesis of the two processes is closely linked. ... Smart Defence was very much a NATO reaction to the dynamic thus initially generated in the CSDP.“* Hauptaugenmerke liegen vor allem in der gemeinsamen Nutzung von Fähigkeiten sowie folglich in der Bildung eines gemeinsamen Pools von Fähigkeiten und Ausrüstung in Zeiten großer Budgetkürzungen aufgrund der Wirtschafts-, Finanz- und Schuldenkrise. Insbesondere an die europäischen NATO-Verbündeten hatte Rasmussen seinen Smart Defence-Vorschlag gerichtet, denn Europa drohe militärisch ohne eine koordinierte sicherheitspolitische Kooperation nicht mehr relevant zu sein. Diese Warnung wiederholte auch der damalige US-Verteidigungsminister Robert Gates bei seiner Abschiedsrede im Juni 2011. Die NATO würde einer *„trüben und düsteren Zukunft“* entgegenstehen, wenn die europäischen Verbündeten nicht mehr unternehmen würden in Bezug auf ernsthafte Bereitstellung militärischer Mittel und Fähigkeiten. Durch die „Demilitarisierung“ Europas würden immer mehr Länder nicht mehr imstande sein, so Gates, militärisch relevante Fähigkeiten der NATO (oder EU) zur Verfügung zu stellen. In den Jahren 2009 und 2010 sanken die Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Verbündeten um insgesamt 45 Milliarden US-Dollar, dieser Betrag entsprach ungefähr dem damaligen deutschen Jahresbudget für Verteidigung. Der Anteil der USA an den gesamten Verteidigungsausgaben der NATO erreichte 2010 einen Anteil von 75 Prozent, während dieser zehn Jahre zuvor nur etwa 50 Prozent betragen hatte. Derzeit (2013) beträgt der europäische Anteil an den NATO-Ausgaben nur mehr 20 Prozent.

Der vor allem nicht nur, sondern auch durch die Wirtschafts- und Finanzkrise verstärkte Spardruck wirkt sich bei der NATO, hier besonders bei den europäischen Verbündeten, stark auf den (Nicht-)Aufbau gemeinsamer militärischer Fähigkeiten aus. Beim Gipfel in Chicago

wurde Smart Defence zur offiziellen Politik der NATO erhoben. Folglich wurde von den NATO-Staats- und Regierungschefs ein Paket von mehr als 20 multinationalen Gemeinschaftsprojekten beschlossen, das sich in etwa 120 Einzelprojekte unterteilt. Smart Defence würde auch bedeuten: Mehr Kooperation, weniger nationale Eigenständigkeit. Bei der Operation „Unified Protector“ in Libyen (März bis Oktober 2011) wurde wie bei den NATO-Operationen zuvor (ehemaliges Jugoslawien 1999 sowie in Afghanistan seit 2003) die Abhängigkeit der Europäer von den USA in den unterschiedlichen Bereichen der modernen Kriegführung und Logistik wieder mehr als deutlich sichtbar: Die USA führte im Zuge der Libyen-Operation zwar 25 Prozent der Luftangriffe aus, setzte jedoch 90 Prozent aller Präzisionslenkwaffen ein und kam für 80 Prozent der Luftbetankung auf. Smart Defence soll vor allem in diesem Kontext verhindern, dass die europäischen NATO-Verbündeten durch unkoordinierte Einsparungen weitere militärische Kernfähigkeiten verlieren. Die NATO-Initiative Smart Defence sowie jene der EU (Pooling & Sharing) sollen komplementär sein und sich gegenseitig stärken. Zudem sollen im Zuge der Connected Forces Initiative Ausbildung und Training intensiviert werden, um im besten Fall vor allem die in den Einsätzen gewonnene Interoperabilität und Erfahrungen zu erhalten. Auch Partner sind dazu dezidiert eingeladen. Aus deutscher Sicht wurden gegenüber Smart Defence Bedenken eingeräumt, wie sie bei der Münchner Sicherheitskonferenz vom Februar 2012 von Verteidigungsminister Thomas de Maizière geäußert wurden. Er befürwortet zwar Smart Defence, aber *„manche meinen, sie bekommen eine Fähigkeit umsonst, die sie nicht haben. Und andere meinen, sie bekommen Geld von anderen für eine Fähigkeit, die sie haben. Beides ist eine Illusion.“*

Zu jenen Fähigkeitsdefiziten, die im November 2010 während des NATO-Gipfels in Lissabon identifiziert wurden und die für die erfolgreiche Durchführung von Operationen mehr als notwendig sind, gehören die Verteidigung gegen Cyberattacken, der Ausbau des NATO Air Command and Control System und auch die Erhöhung der Fähigkeiten für Daten im Bereich ISR (Intelligence, Surveillance, Reconnaissance). Die Entwicklung und die Verlegung von militärischen Fähigkeiten liegt zwar in erster Linie in nationaler Verantwortung. Aber in Zeiten, in denen Technologie teurer wird und Verteidigungsbudgets sich unter enormen Einsparungsdrucks befinden, gilt es, Schlüsselfähigkeiten zu definieren. Auch sollen spezifische multinationale Projekte umgesetzt werden, die ebenso einen besseren Schutz der NATO-Streitkräfte, eine bessere Überwachung und eine bessere Ausbildung der NATO-Streitkräfte garantieren können. In diesem Zusammenhang steht auch die Connected Forces Initiative, bei der Ausbildung und Training des Personals im Vordergrund steht. Zu den Smart-Projekten gehören

- die Schaffung einer NATO-weiten standardisierten Schnittstelle für Munition, insbesondere für Präzisionsmunition, die es künftig ermöglichen soll, dass Kampfflugzeuge aller Mitgliedstaaten auch Bomben und Flugkörper aus den Beständen der Verbündeten tragen können. Im Libyen-Einsatz war es zu Engpässen bei der Präzisionsmunition gekommen, weil Standardisierung nicht gegeben war.
- Multinationale Zusammenarbeit bei der Beschaffung und Bereitstellung derartiger Waffen durch gemeinsame Arsenale ist ein weiteres Gemeinschaftsprojekt.
- Als eine der Lehren des ISAF-Einsatzes in Afghanistan ist die NATO bestrebt, unter der Führung von Italien ferngesteuerte Roboter zur Entschärfung von Bomben und Sprengfallen beschaffen und gemeinsam zu nutzen.
- Weiters ist die Errichtung eines gemeinsamen Ausbildungszentrums für Hubschrauberpiloten und Bodencrews vorgesehen sowie eine gemeinsame Logistik zur Versorgung von Truppen in Einsatzgebieten mit Treibstoff oder standardisierten modularen Lazaretten. Ebenso bei Wartung und Unterhalt von Fahrzeugen sollen durch multinationale Kooperationen Kosten gespart werden.

- Das Raketenabwehrsystem, das beim Lissabonner Gipfel der NATO-Staats- und Regierungschef im November 2010 beschlossen wurde. Die USA stellt zwar das Gros an Kapazitäten dafür zur Verfügung, aus Europa werden dazu Patriot-Luftabwehrsysteme und Schiffe mit Radar bereitgestellt.
- Eines der größten Projekte ist die Entwicklung gemeinsamer Aufklärungs- und Überwachungsfähigkeiten (JISR – Joint Intelligence, Surveillance and Reconnaissance) Dazu zählen auch der Betrieb und die Vernetzung bestehender Fähigkeiten wie die 17 NATO-AWACS-Flugzeuge, jedoch ebenso die Beschaffung neuer Systeme. Ein großes Hauptprojekt widmet sich dem Aufbau und dem Betrieb einer weltweit einsetzbaren luftgestützten Gefechtsfeldaufklärung und –überwachung (Alliance Ground Surveillance – AGS). Ziel des AGS: die Errichtung eines allwetterfähigen, auf den Einsatz moderner Drohnen basierenden Systems zum Schutz eingesetzter Kräfte. Das AGS soll in der Lage sein, weiträumige Aktivitäten am Boden aufzuklären und zu überwachen. Ähnlich wie das AWACS soll AGS von mehreren NATO-Mitgliedstaaten gemeinsam als Kernfähigkeit beschafft und auch unterhalten werden. Wenn die volle Einsatzfähigkeit voraussichtlich 2017 erreicht ist, werden fünf Drohnen von Typ Global Hawk ständig bereitstehen. Die Drohnen sollen von verlegbaren Bodenstationen aus gesteuert und in der Lage sein, zwei Gebiete (orbits) an unterschiedlichen Stellen der Welt gleichzeitig aufzuklären und zu überwachen. So unterzeichneten im Mai 2012 in Chicago Bulgarien, Deutschland, Estland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und die USA den AGS-Vertrag. Deutschland trägt dabei ein Drittel der Kosten von geschätzt etwa 1,5 Milliarden Euro und beteiligt sich auch am Betrieb der Drohnen, die in Sigonella (Sizilien) stationiert werden sollen. Das gemeinsame Gefechtsfeldüberwachungssystem AGS geht auf Vorschlag des Verteidigungsplanungsausschusses der NATO aus 1992 zurück, der 1995 in eine Entscheidung der Verteidigungsminister mündete, das System zu beschaffen. Bis zur Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (MoU) für das inzwischen mehrfach geschrumpfte Programm vergingen nochmals 14 Jahre. Dänemark und Kanada sind inzwischen aus dem Projekt ausgeschieden. Die NATO kann nun dazu beitragen, dass Beschaffung und Betrieb nicht noch einmal jahrzehntelang auf sich warten lassen.
- Das multinationale „Pooling“ von Seeraumüberwachungsflugzeugen, die auf Abruf auch für andere Bündnispartner zur Verfügung stehen sollen.
- Ein Projekt zielt auf den Ausbau von Luftraumüberwachung (Air Policing), wie jene über den baltischen Staaten (die sich keine eigene Luftwaffe leisten können). Die NATO-Staaten hatten sich bereits im Zuge der Bündniserweiterung im April 2004 verpflichtet, einheitliche Standards zur Luftraumüberwachung und zur Wahrung der lufthoheitlichen Souveränitätsrechte aller Bündnisstaaten zu gewährleisten. Im Fall von Estland, Lettland und Litauen geschieht dies durch das NATO Air Policing Baltikum. Dieses Modell soll im Zuge der Smart Defence-Initiative auf weitere Lufträume ausgedehnt werden.

Gerade am Beispiel Air Policing und auch AGS wird deutlich, dass viele der auf dem Chicago-Gipfel präsentierten Projekte nur ein neues Etikett aufgeklebt bekommen haben. Viele weitere Projekte sollen noch umgesetzt werden. Diese Projekte sollten gewährleisten, dass die nationale Handlungsfähigkeit der Bündnismitglieder gewahrt bleibt. Die Fortschritte bei der Umsetzung der Projekte bleiben jedoch weiterhin äußerst bescheiden.

Schlussfolgerungen

Während des Kalten Krieges war die USA die sicherheitspolitisch alles prägende Macht in Europa. Dieses Faktum hat sich spätestens seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 (9/11) gegen die USA geändert. Seither hatte sich das sicherheitspolitische Interesse der

USA zunächst von Europa mehr nach Zentralasien (vor allem nach Afghanistan und Pakistan) verlagert. Der wirtschafts- und auch militärpolitische Aufstieg Chinas sowie die Beanspruchung Chinas sowohl des Ost- als auch des Südchinesischen Meeres veranlasst die USA, mehr militärische Ressourcen aus Europa in den ost- und südostasiatischen Raum zu verlegen. Die USA sieht ihre Truppenpräsenz von 80.000 Soldaten in Europa somit als „Luxus“.

Aus der Sicht Washingtons entstand aus der Schwäche europäischer Streitkräfte, die wiederum beim Libyen-Konflikt 2011 deutlich sichtbar wurden, eine große Herausforderung für die transatlantischen Beziehungen. Die USA rufen die europäischen Verbündeten bereits seit den 1950er Jahren auf, ihre Fähigkeiten verstärkt zu koordinieren und auch einzusetzen. Die Zeiten, als die USA die überwiegende Hauptlast für Krisenbewältigung in und um Europa einsetzt, sollen vor allem im Zuge knapper werdender Kassen im Verteidigungsbereich der Vergangenheit angehören. Aus diesem Grund wurde seitens der NATO – sozusagen als letzte Chance für die europäischen Verbündeten, ihre Kapazitäten gezielt effizienter und effektiver einzusetzen – 2011 die Initiative Smart Defence ins Leben gerufen. Es wird nun auf die europäischen Verbündeten der NATO ankommen, wie sehr in diesem Kontext sich nun die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen gestalten. Die USA benötigt vor allem in Zukunft auf regionalen Ebenen Verbündete, um regionalen Herausforderungen wirksam entgegenzutreten zu können. Washington unterstützt die Schaffung und den Ausbau weltweiter Partnerschaften für regionale Operationen, diese daran teilnehmenden Staaten müssen auch nicht unbedingt NATO-Mitglieder sein und können höhere Interoperabilität mit der NATO erreichen (innerhalb sogenannter „Smart Partnerships“). Da die NATO sich in erster Linie als ein kollektives Sicherheitsbündnis mit der Möglichkeit zu kollektiver Verteidigung definiert, wird Smart Defence auch in diesem Zusammenhang abzuleiten sein. In erster Linie ist Smart Defence für die europäischen Verbündeten gedacht, deren Umsetzung vor allem in London, Paris und Berlin definiert wird. Bei einem Treffen am 21. Februar 2013 in Brüssel waren die Verteidigungsminister der NATO-Staaten grundsätzlich bestrebt, zentrale Aufträge des Gipfels von Chicago auf den Weg zu bringen. Jedoch konnten sich die Minister nicht auf die grundsätzlichen Arbeitsdokumente einigen. Der „Chicago-Umsetzungsbericht“ wurde somit auf Eis gelegt. Eines scheint jedoch gewiss zu sein: die Errichtung einer neuen NATO-Zentrale in Brüssel, die auf 250.000 Quadratmetern entstehen soll. Die Kosten werden auf über eine Milliarde Euro beziffert. Dies wird einige Jahre in Anspruch nehmen. Ob bis dahin die Europäer von den USA einen Großteil der sicherheitspolitischen Last in und um Europa abgenommen haben werden, bleibt jedoch in Zeiten umfassender Sparpakete mehr denn je ungewiss. Den Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan spätestens Ende 2014 könnten die europäischen NATO-Verbündeten für weitere Einsparungen bei ihren Streitkräften nutzen. Europa wäre somit noch weniger in der Lage, für Sicherheit im geostrategischen Umfeld Verantwortung zu übernehmen. Sicherheitspolitisch wird sich die USA verstärkt auf Ost- und Süd(ost)asien konzentrieren, die Relevanz Europas für die USA wird sich in diesem Zusammenhang verringern.

Dr. Gunther Hauser ist Leiter des Fachbereichs Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie und Vizepräsident des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit (WIFIS) an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.